

CDU will bei Kopftüchern gelassener werden

Neues Integrationspapier erleichtert Flirt mit den Grünen

Von Sabine Rennefanz

Große Anspannung entlädt sich manchmal auch körperlich: Man haut bei Ärger vielleicht gegen den Schreibtisch oder klatscht vor Freude in die Hände. Wenn man die Reaktion der rund achtzig CDU-Mitglieder, die sich am Dienstagabend in der Herbert-Hoover-Schule in Wedding zum kleinen Parteitag getroffen haben, richtig deutet, dann war die Erleichterung, ja Freude nach der Abstimmung groß. Einstimmig war das Papier zur Integration beschlossen worden, mit dem die CDU stärker als bisher auf die Migranten der Stadt zugehen will. Alle klatschten eifrig, die Delegierten unten und das Präsidium um Landeschef Frank Henkel auch. Henkel sah so glücklich aus, als hätte er die Wahl zum Bürgermeister gewonnen. Ganz so weit war es noch nicht, aber immerhin ist es der Führung gelungen, dass das wichtige Papier, mit dem die Partei sich ein moderneres Antlitz geben will, von der Basis abgesegnet wird.

Strittige Fragen waren zuvor intern geklärt worden. Drei Monate lang waren die Autoren, die Bundestagsabgeordnete **Monika Grütters** und der Anwalt Burkhard Dregger, durch die Kreisverbände getourt, haben mit der nicht für ihre Weltoffenheit bekannten Basis über das Papier diskutiert. Auch im Präsidium soll es lange Diskussionen gegeben haben. Die ursprüngliche Version wurde an über vierhundert Stellen geändert, bevor die Endfassung den Delegierten vorgelegt wurde.

Auf dem Parteitag wurden Feinheiten umgeschrieben. Präzisiert wurde, dass das Kopftuchverbot nicht nur für Polizistinnen und Lehrerinnen gilt, sondern im gesamten öffentlichen Dienst bestehen bleiben soll. Abgelehnt wurde eine Ausweitung des Kopftuchverbots. "Wir sind für eine gewisse Gelassenheit im Umgang mit dem Kopftuch", heißt es jetzt. Gestrichen wurde der Satz: "Wer die Mütter erreicht, erreicht ganze Zuwandererfamilien."

Während die SPD derzeit gespalten wirkt, agiert die CDU geschlossen, zumindest im Moment. Dafür gab es auch Lob von der Bundespartei für das einstige Sorgenkind unter den CDU-Landesverbänden. Die CDU Berlin sei auf einem guten Weg, sagte Innenminister Thomas de Maizière, der auf dem Parteitag als Gast redete. Er kennt noch die guten, alten Zeiten, als die CDU West-Berlin regierte. De Maiziere ist in den 80er-Jahren Pressesprecher der CDU-Fraktion im Abgeordnetenhaus gewesen. Die Stadt brauche eine CDU, die "heimattreu und weltoffen" sei. Dafür stehe das Integrationskonzept.

Den Autoren ist es gelungen, viele Gegensätze zu vereinen. Jeder wird in dem 40-Seiten-Papier etwas finden, was in seine jeweilige Weltsicht passt. Die Liberalen freuen sich über geplante Begrüßungsbüros für Migranten, mehr Sprachkurse für Mütter und Kinder, sowie die Ablehnung des Betreuungsgeldes.

Die eher Konservativen fühlen sich in ihren Vorbehalten gegenüber dem Islam verstanden. So erwartet die Union ein "Bekanntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung", empfiehlt, Moscheen eher im "westlichen Architekturstil" zu bauen und lehnt das kommunale Wahlrecht für Ausländer ab.

Parteichef Henkel sieht Integration auch als zentrales Thema für den Wahlkampf. "Integration ist eine Schicksalsfrage."

Solche Sätze kann man getrost als gezieltes Balzen um die Grünen interpretieren. Integration ist auch eines von deren Kernthemen.

Doch macht ein Papier schon einen schwarz-grünen Frühling? Wie es sich für eine Umworbene gehört, ziert sich die grüne Fraktionsvorsitzende Ramona Pop ein wenig. Einerseits lobt sie das CDU-Konzept als einen guten Schritt. Andererseits stört sie, dass die CDU bei bestimmten Fragen in alte Muster verfällt. "Wenn Schulschwänzern die Streichung des Kindergelds angedroht wird, ist das nur ein markiger Spruch. Das geht gesetzlich gar nicht", sagt sie. Sie wünscht mehr konkrete Maßnahmen, wie zum Beispiel die hohe Schulabbrecherquote und die Arbeitslosigkeit unter Migranten bekämpft werden soll. Pop sieht die Integration in Berlin als soziales Problem, Henkel hatte das anders formuliert: "Integration ist nicht nur eine soziale Frage, es geht um ideelle Werte, den gemeinsamen gesellschaftlichen Kitt."

Auch beim Wahlrecht gibt es Unterschiede. Die Grünen wollen, dass auch lange hier lebende Türken oder Araber bei Kommunalwahlen mit abstimmen dürfen, wie es bereits EU-Bürgern gestattet ist. Die CDU sieht darin die "Auflösung des deutschen Volkes als staatsouverän", wie es Vorstandsmitglied Burkhard Dregger formulierte.

Erschienen: 15.04.2010.